

Kohlenbergbau in Österreich

Die Hallstattkultur oder das Norische Eisen lassen leicht vergessen, daß Österreich auch über eine nicht unwesentliche Vergangenheit des Steinkohlenbergbaus verfügt. Die Entdeckung dieser Lagerstätten geschah oft schon im 16. und 17. Jahrhundert, ihre Nutzung und praktische Anwendung erreichten erst im 19. Jahrhundert wirtschaftliche Bedeutung. Die Erkenntnis, daß der Holzreichtum für die Bedürfnisse des aufkommenden Industriezeitalters nicht ausreichen dürfte, erfolgte erst spät. So blieben die ersten entdeckten Kohlenlagerstätten in Böhmen (um 1550), in Tirol (1558) und in der Steiermark (1604/1606) noch lange ungenutzt, und erst für das 1670 entdeckte Glanzkohlenvorkommen in Fohnsdorf in der Steiermark läßt sich eine Kontinuität im Abbau bis zur Schließung im Jahre 1978 nachweisen¹.

Die Anfänge des Kohlenbergbaus bis 1840

In Österreich begann unter Karl VI. (1711–1740) die Ära der merkantilistischen Wirtschaftspolitik. In seine Regierungszeit fiel die eigentliche Erschließung der Kohlenvorkommen in Voitsberg-Köflach (1716), in Seegraben bei Leoben (1726) und später der für die Monarchie bedeutenden Lagerstätten in Böhmen.

Erste staatlich gelenkte Initiativen zur Nutzung der Steinkohle lassen sich allerdings erst danach bei Maria Theresia (1740–1780) nachweisen². Unter der Leitung des Oberkammergrafenamtes entwickelte um 1746 der Hammergewerke Franz Salesius Gasteiger in Thörl einen „Steinkohlenofen“ zur Kokserzeugung³. Obwohl P. Spreitzer 1752/53 in zwei Denkschriften von Erfahrungen bei der Verwendung von Steinkohle in den Niederlanden und im Raum Köln berichten konnte⁴, schienen vorerst alle derartigen Versuche in Österreich vergeblich zu sein.

Um 1760 zwang jedoch die bisherige extensive Waldnutzung, die die Holzkohlenversorgung der Eisenindustrie zu gefährden drohte, zu rigorosen Reformen. Mit der 1761 erfolgten Ernennung von „Waldförstern“, denen etwa ein heutiger politischer Bezirk unterstand, versuchte Maria Theresia, einerseits das Waldwesen zu ordnen und andererseits die Steinkohlenanwendung bei allen „Feuerarbeitern“ wie etwa Schmieden oder Schlossern zu fördern⁵.

1761 wurde außerdem der Bleigewerke Anton Weydinger auf zehn Jahre zum „k. k. Stein Kohlen Bau Director“ ernannt. Obwohl er in der Folge die Kohlenbergwerke Münzenberg bei Leoben, Voitsberg-Köflach, Fohnsdorf, Maria Lankowitz und Stiwill in der Steiermark eröffnete, geriet er aufgrund von Absatzschwierigkeiten bis 1766 in finanzielle Probleme und trat im Jahre 1768 die steirische Steinkohlendirektion an die in Wien neugegründete Steinkohlen Rectifications Societät ab. Die Verlustgeschäfte des neuen Direktors Johann Friedrich von Pfeiffer (1718–1787), der bis 1750 in preußischen Diensten war und 1782 Professor der Kameralwissenschaften in Mainz wurde, führten aber nach dessen Flucht bereits im Jahre 1770 zum Konkurs der Gesellschaft⁶. Dennoch versuchten bis 1774 nochmals der Waldförster Ignatz Mitlöhner und der Bleigewerke Johann Nepomuk Heipl vergeblich einen Neubeginn im Kohlenbergbau⁷. Unter Joseph II. und zu Beginn der Regierungszeit von Franz II. begannen abermals Versuche, den österreichischen Kohlenbergbau zentral zu beleben, bis die folgenden Koalitionskriege gegen Napoleon weitere Maßnahmen verhinderten. Im Jahre 1795 wurden etwa alle Kohलगewerken von Frohn und Mauten befreit und für alle neuen Fabriksprivilegierungen ein Mineralkohlengebrauch vorgeschrieben.

Als 1838 etwa Karl Mayr die Konzession für sein Puddelwerk in Donawitz erhielt, wurde dieses Dekret noch rigoros gehandhabt, und zwar „unter der Bedingung, daß sämtliche diese Feuer bey sonstigem Verluste dieser Concession mit Ausnahme des nöthigen Untergrundholzes ausschließlich mit mineralischer Kohle beheizt werden“⁸.

Mit diesen merkantilistischen Versuchen, die im wesentlichen die teure Holzkohle durch die neue Stein- und Braunkohle ersetzen sollten, war bis um 1840 eine erste Phase der Entdeckung der meisten Lagerstätten und der prinzipiellen Klärung der Anwendung in allen Bereichen abgeschlossen.

Bis 1840 folgten den abgebrochenen Versuchsserien einige Jahrzehnte der Alaunproduktion. Das noch überwiegende Mißtrauen gegen den neuen Brennstoff hatte zum Abbrennen der großen Kohlenvorräte geführt, aus deren Asche in einem komplizierten Sudverfahren – etwa in Fohnsdorf, Parschlug oder Steyeregg – das Alaunsalz ausgelaugt wurde, das weltweiten Absatz fand⁹.

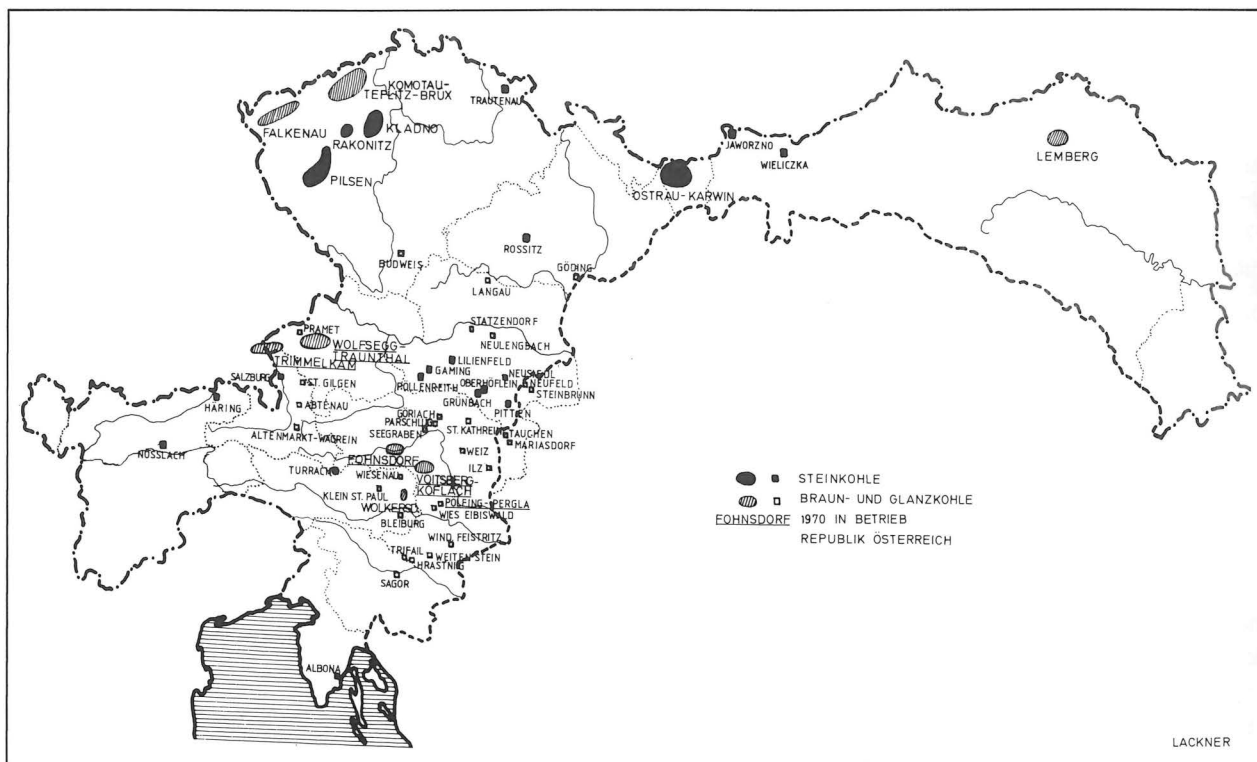


Abb. 1: Die wichtigsten Kohlenbergwerke der österreichischen Reichshälfte um 1900

Kohlenbergbau und Industrialisierung bis zum Ersten Weltkrieg

Vielfältige Gründe führten seit der Jahrhundertwende zur Opposition zahlreicher Montanisten gegen die Alaunproduktion, die angesichts der ausländischen Entwicklung in der Eisenindustrie als Verschwendung angesehen werden mußte. Von den vielen kritischen Stimmen, die dringend für die Anwendung der Steinkohle als Ersatz der teuren Holzkohle plädierten, seien Ph. L. H. Röder (1793)¹⁰, Joseph Rohrer (1804)¹¹ und vor allem Stephan Kees erwähnt, der im Jahre 1819 feststellte: „Der österreichische Staat ist reich gesegnet mit Steinkohlen, diesem wichtigen Stellvertreter des Holzes, und wenn auch bis jetzt der größte Teil dieses Segens unbenutzt liegen bleibt, so wird doch schon an vielen Orten zu Tage gefördert.“¹²

Eine regelrechte Kampagne gegen die Vorurteile der Steinkohlenfeuerung begann unter dem Protektorat Erzherzog Johanns, der 1815/16 in England gewesen war¹³, in der seit 1812 in Graz erscheinenden Zeitschrift „Der Aufmerksame“. Die endgültige Trendwende war allerdings die Folge eindeutig positiver Stellungnahmen vieler Montanfachleute in dem 1839 begründeten „Innerösterreichischen Industrie- und Gewerbeblatt“ und im „Fabriksbilderatlas der österreichischen Monarchie“. Den ersten und wahrscheinlich wichtigsten Aufsatz schrieb im Jahre 1840 Peter Tunner (1809–1897), der die im selben Jahr eröffnete Montanlehranstalt in Vordernberg leitete, die 1849 als Hochschule nach Leoben übersiedelte. Im Jahre 1846

wies er nochmals eindringlich auf dieses Problem hin: „Die Steinkohlen sind für das Eisenwesen überhaupt von größter Wichtigkeit und sie werden insbesondere für unser Eisenfrischwesen mit jedem Jahr von bedeutenderem Einflusse.“¹⁴

Einen entscheidenden Anstoß zur Neubelebung des Kohlenbergbaus lieferte der im Jahre 1837 mit der Kaiser-Ferdinands-Nordbahn einsetzende Eisenbahnbau. In Niederösterreich und in der Steiermark begann mit dem Bau der Südbahn von Wien bis Triest die außerordentlich erfolgreiche Tätigkeit der im Jahre 1842 gegründeten Steinkohlen Schürfungskommission, die bis 1851 unter der Leitung von Karl von Scheuchenstuel (1792–1867) in den Orten Parschlug, Urgental, Seegraben, Rein, Ilz und Eibiswald schürfte. Eine umfangreiche Tätigkeit entwickelte die Kommission auch in der ehemaligen Untersteiermark in Trifail. Im Jahre 1840 war auch der Ankauf des Fohnsdorfer Revieres durch die Hofkammer im Münz- und Bergwesen erfolgt¹⁵. Mit den Vorrechten des ärarischen Kohlenbergbaus wurde aber der Widerstand der privaten Gewerke heraufbeschworen, die eine Zurücknahme der einseitigen Privilegierung erzwingen konnten¹⁶.

1848 folgte als zentrale Behörde das Ministerium für Landeskultur und Bergwesen, dem bis 1853 der Gewerke Ferdinand von Thinnfeld vorstand¹⁷. Bleibende Einrichtung dieses Ministeriums waren im Jahre 1850 die Schaffung der Berghauptmannschaften und die Vorarbeiten zu dem ersten einheitlichen österreichischen Berggesetz von

1854, das die Ferdinandeische Bergordnung aus dem Jahre 1553 ersetzte¹⁸.

Das Interesse des Staates am Kohlenbergbau war eine Reaktion auf dessen steigende Bedeutung für die alpenländische und böhmische Eisenindustrie¹⁹. Bereits die Umstellung der Vordernberger Stucköfen in Floßöfen seit 1758 war vom fortschreitenden Holzkohlenmangel beeinflusst gewesen²⁰.

Der relative Holzreichtum der Monarchie hatte aber die Anwendung der Mineralkohle zur Roheisenerzeugung, die im Jahre 1726 versuchsweise begonnen worden war, verzögert. Die ersten Kokshochöfen standen – bedingt durch die reichen Steinkohlenlager – in Böhmen. Der Witkowitz Kokshochofen, errichtet im Jahre 1830, blieb bis 1854 der einzige. Im folgenden Jahrzehnt wurden von der Prager Eisenindustriegesellschaft sechs Kokshochöfen in Kladno angeblasen. Die wenigen Steinkohlenvorkommen der ehemaligen innerösterreichischen Länder führten zu einer nochmaligen Verzögerung von einem Jahrzehnt. Obzwar im „Innerösterreichischen Industrie- und Gewerbeblatt“ 1841/42 mehrere Beiträge zum Hochofenprozeß mit Koks erschienen waren und die Konzession für einen Kokshochofen in der Breitenau (Steiermark) erteilt worden war²¹, hielten der Österreicher Joseph Wessely noch sechs Jahre später und der Franzose Jullien noch 1861 einen alpenländischen Kokshochofen für unwahrscheinlich²². An der im Jahre 1870 dann tatsächlich in Prävali begonnenen Koksroheisenproduktion hatte Peter Tunner einen entscheidenden Anteil. Die 1873 fertiggestellten Kokshochöfen in Zeltweg und Schwechat waren die ersten im heutigen Österreich²³.

Böhmen und Mähren gebührt auch die Vorrangstellung bei der Einführung des Puddelprozesses mit Steinkohle, der erstmals 1826 in Witkowitz versucht wurde. Für die Alpenländer war daraufhin die Verwendung von Braunkohle im Puddelprozeß eine Überlebensfrage: In einer langen Reihe von Versuchen in St. Stephan bei Leoben gelang 1842/43 der Einsatz von Braunkohlenlösche im Puddelofen. Peter Tunner importierte später das neueste Verfahren aus Westfalen und ermöglichte damit das Puddeln in Donawitz (1852/53), Eibiswald, Neuberg und Streiteben (1855)²⁴.

Immerhin war 1851 in der Steiermark die Stein- und Braunkohle bereits mit rd. 30 000 t bei der Brennstoffversorgung der Eisenindustrie beteiligt. Den größten Teil des Bedarfs deckte jedoch noch immer die Holzkohle mit rd. 100 000 t ab. Der Bessemerprozeß zur Stahlerzeugung war in Österreich schon acht Jahre nach dessen Erfindung 1863 in Turrach gelungen und konnte sich besonders in den Alpenländern, begünstigt durch das phosphorfreie Roheisen, schnell durchsetzen²⁵.

Die österreichische Eisenindustrie und damit der Kohlenbergbau hatten bis zum Börsenkrach von 1873 die Hochkonjunkturen der Jahre 1851 bis 1857 und 1867 bis 1873 wesentlich mitbestimmt und die sich seit dem Merkantilis-

mus entwickelnde Industriekonzentration im Gürtel von Böhmen-Mähren-Wiener Becken, Steiermark und Kärnten endgültig geprägt. Damit war die Kohle für mehrere Jahrzehnte zum ausschlaggebenden Standortfaktor für die Eisenindustrie geworden.

Die gesteigerte Nachfrage nach Stein- und Braunkohle seit 1840 hatte zur Erschließung aller wesentlichen Lagerstätten geführt. Bis zum Ersten Weltkrieg wurden zwar noch einzelne kleine Lagerstätten in Österreich entdeckt, doch sank infolge des Konzentrationsprozesses seit etwa 1870 die Zahl der Bergbaubetriebe von ca. 750 auf etwa 350 im Jahre 1914²⁶. Das war unter anderem eine Folge des Übergangs vom Einzelunternehmer – etwa Miesbach, Drasche, Mayr, Henckel von Donnersmarck – zur Kapitalgesellschaft, insbesondere zur Aktiengesellschaft – etwa Brüxer Kohlenbergbau Gesellschaft, Nordböhmisches Kohlenwerks Gesellschaft, Österreichische Berg- und Hüttenwerks Gesellschaft, Österreichisch-Alpine Montangesellschaft²⁷.

Im technischen Bereich hatte um 1850 der Schachttiefbau mit Dampföfeln den seit etwa 1760/70 bekannten Stollenbau abgelöst. Nach der ersten Tiefbohrung im Jahre 1847 in Seegraben konnten zwischen 1856 und 1858 in Fohnsdorf die ersten Förderschächte abgeteuft werden. Seit 1880 löste eine zweite Schachtgeneration mit Trommel- oder Bobinenförderung, eisernen Seilscheibengerüsten (System Promnitz), Steilrohr-Kesselhäusern und Aufbereitungsanlagen mit Rättern die ersten Anlagen ab. Die Koepe- oder Treibscheibenförderung kam in Österreich erst nach dem Ersten Weltkrieg zum Einsatz. Im Untertagebereich gab es seit der Jahrhundertwende den Einsatz von Preßluftbohrhämern, Benzinlokomotiven und seit etwa 1920/30 von Druckluftlokomotiven. Im Abbausystem ersetzte in den dreißiger Jahren der Strebbruchbau den Pfeilerbruchbau²⁸.

Die Förderung des österreichischen Kohlenbergbaus ist seit 1817 überliefert, die der Braunkohle seit 1851 getrennt ausgewiesen²⁹. Die durchschnittliche Wachstumsrate des Kohlenbergbaus von 1829 bis 1913 betrug 6,97 %. Allerdings lassen sich innerhalb dieses Zeitraumes mehrere Wachstums- und Stagnationsphasen ziemlich genau abgrenzen. Die mit 4,96 % wesentlich niedrigere Rate von 1867 bis 1913 läßt zum Beispiel die Bedeutung der Jahrzehnte vor 1867 erkennen. Die Wachstumsrate der Jahre 1850 bis 1862 betrug daher 12,84 %, jene von 1867 bis 1875 immerhin noch 11,62 %. Man kann daher die Jahre von 1850 bis 1862 als die eigentliche Wachstumsphase des Kohlenbergbaus bezeichnen³⁰. Die im Jahre 1840 einsetzenden staatlichen Initiativen zeigten erste Auswirkungen, und die technische Entwicklung hatte der Kohle in allen Verbrennungsprozessen den Weg bereitet. Die Förderung war von 981 796 t im Jahre 1850 auf 4 552 486 t im Jahre 1862, also um das Fünffache, gestiegen³¹. 1873 wurde mit 28 % die höchste Wachstumsrate erzielt, doch stieg die Kohlenförderung bis 1875 noch weiter an und er-

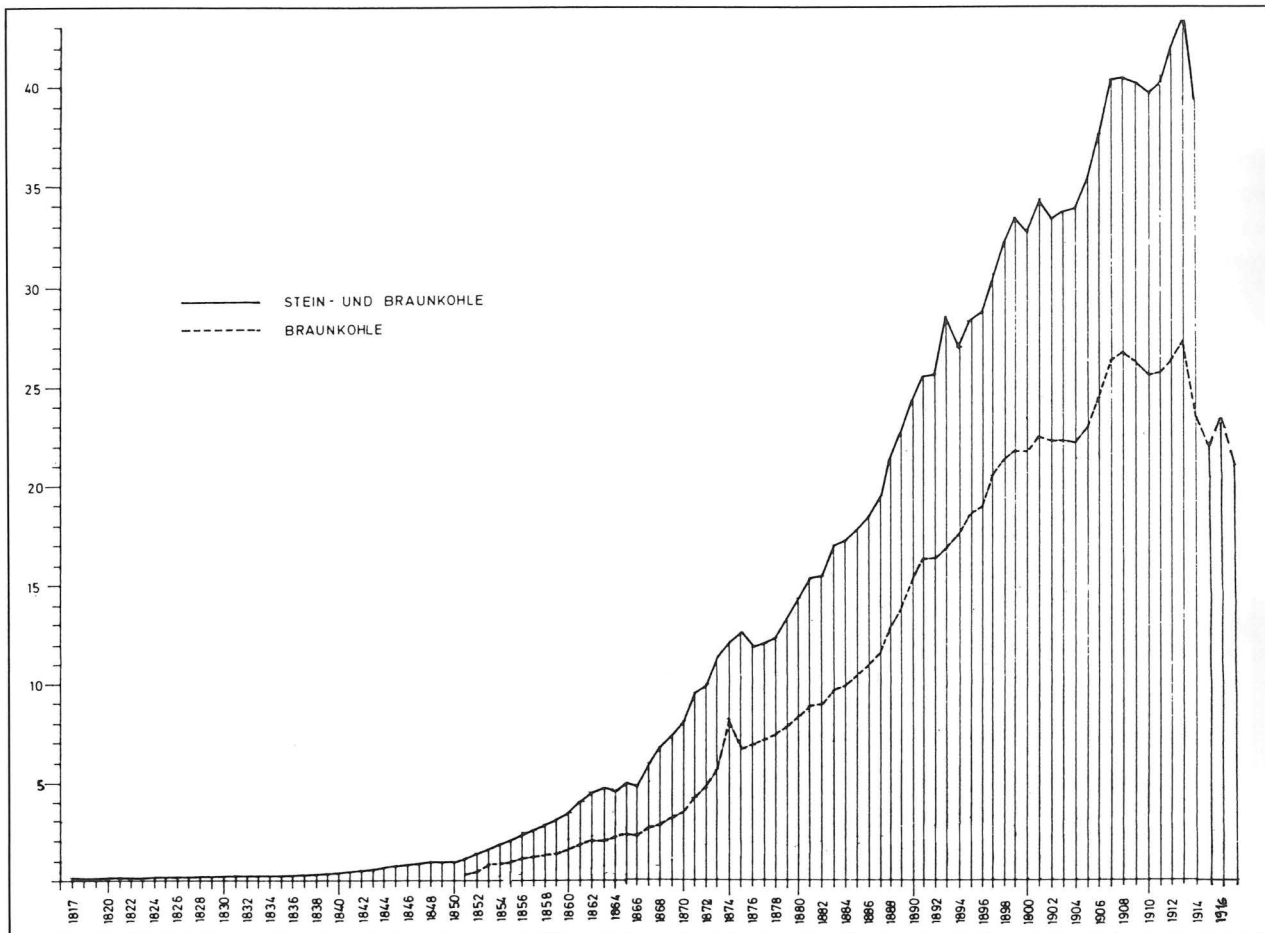
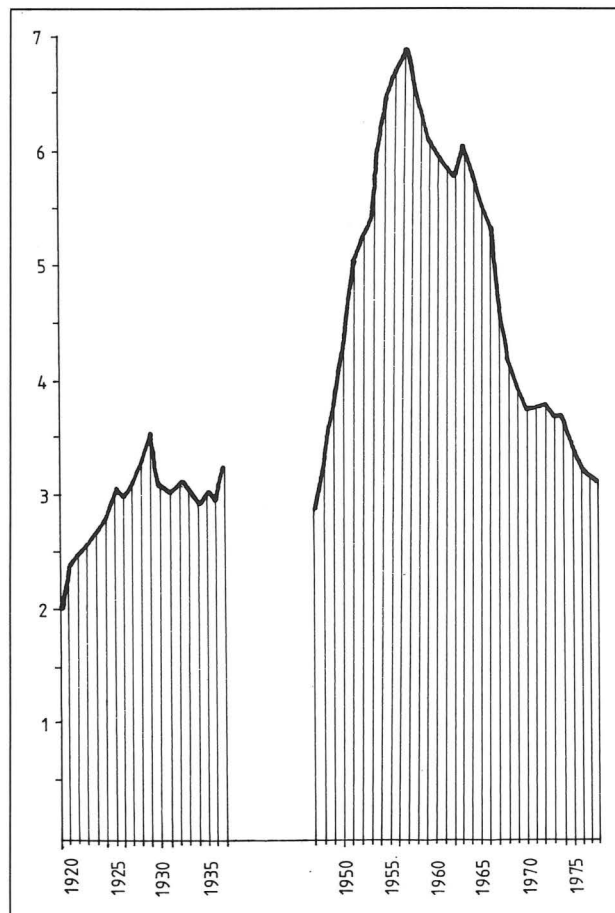


Abb. 2: Kohlenförderung in Österreich-Ungarn 1817 bis 1917 (in Mio. t)

Abb. 3: Kohlenbergbau in Österreich 1919 bis 1978 (in Mio. t)

reichte 12 768 996 t, gegenüber 1862 etwa eine Steigerung um das Dreifache. Von 1877 bis 1914 entsprach die Wachstumsrate mit 6,76 % etwa dem Gesamtdurchschnitt. Die Jahre bis 1893 sind durch ein langsames, aber kontinuierliches Wachsen mit einer Rate von 5,38 % gekennzeichnet. Die Förderung hatte sich mit 28 684 200 t seit 1875 mehr als verdoppelt. Am Ende des Jahrhunderts verlangsamte sich das jährliche Wachstum auf 4,32 % und zwischen 1903 und 1907 auf 3,90 %. Die Gesamtrate von 1895 bis 1913 betrug nur 2,65 %. Im Jahre 1913 wurde mit 43 888 221 t die größte Förderung vor dem Ersten Weltkrieg erreicht.

Die Abhängigkeit des Kohlenbergbaus von den großen internationalen Konjunkturzyklen ist also offensichtlich gegeben und vor allem für die Jahrzehnte nach 1873 durch die immer engeren weltwirtschaftlichen Verflechtungen deutlich ausgeprägt. Was aber die Kohlenförderung von anderen Sparten, etwa der Roheisenproduktion, unterscheidet, ist das enorme Wachstum in der Zeit vor 1873. So betrug



die durchschnittliche jährliche Wachstumsrate von 1829 bis 1875 9,87 %, die der Roheisenerzeugung belief sich in diesem Zeitraum auf ca. 4 %³².

Der österreichische Kohlenbergbau konnte den Inlandsbedarf nicht decken. Im Durchschnitt der Jahre 1871 bis 1913 wurden jährlich ca. 17 % importiert. Wesentlich günstiger war die Situation bei der Braunkohle, von der im selben Zeitraum jährlich etwa 14 % exportiert werden konnten³³.

Ein tüchtiger energischer
Obersteiger

erfahren im Erz-, Stein- und Braunkohlenbergbau, vertraut mit Grubenbränden und Schlagwettern, absolvierter Bergschüler, 31 Jahre alt, sucht per bald Posten als solcher, event. Assistent oder Schichtmeister. — Gefl. Offerte sub # 35 an die Expedition dieses Blattes.

Abb. 4: Bewerbung eines „tüchtigen und energischen“ Obersteigers, der auch Erfahrungen bei Grubenunglücken aufweisen konnte, in einer Annonce von 1897

Zwischenkriegszeit, Wiederaufbau und die neuen Aspekte der Versorgung mit Primärenergie

Die ersten Jahre nach dem Ersten Weltkrieg waren vorerst von einer Anpassung an die wirtschaftlichen Bedingungen der Republik Österreich geprägt. Nach den gescheiterten Sozialisierungsversuchen der ersten sozialdemokratischen Nachkriegsregierung geriet die österreichische Montanindustrie, mit der Alpine-Montangesellschaft an der Spitze, zunehmend unter ausländischen Einfluß. Ihre Aktienmehrheit (56,5 %) besaß seit 1921 der Ruhrindustrielle Hugo Stinnes, seit 1926 befand sie sich bei den Vereinigten Stahlwerken, die im wesentlichen das großzügige Investitionsprogramm der zwanziger Jahre finanzierten, unterbrochen von einer Stabilisierungskrise in den Jahren 1922 bis 1924 und beendet von der Weltwirtschaftskrise ab 1929³⁴.

Mit diesem deutschen Mehrheitseinfluß gelangte die Unternehmenspolitik der wissenschaftlichen Rationalisierung und Zentralisierung im Taylorschen Sinn auf ihren Höhepunkt. Zentrum dieser neuen Unternehmensstrategie wurde das Deutsche Institut für technische Arbeitsschulung (Dinta) in Düsseldorf, dem Sitz der Vereinigten Stahlwerke, und dessen österreichischer Ableger, der 1926 gegründete Verein für Technische Arbeitsschulung: „Wir deut-

schen Österreicher wollen nun mit unseren Brüdern gehen, wir wollen mit ihnen Schritt halten und unsere Jugend zu tüchtigen Menschen machen.“³⁵

Im Jahrzehnt von 1919 bis 1929 erhielten die drei Bergbaubetriebe der Alpine, Seegraben, Voitsberg-Köflach und Fohnsdorf, ihr bis zu ihrer Stilllegung charakteristisches technisches Gepräge, wobei in Seegraben mit dem Zahlbruckner-Schacht (1930–1963) und in Voitsberg-Köflach mit dem Karl-Schacht II (erbaut 1921) der Förderbetrieb neu konzipiert wurde. In Fohnsdorf, wo dieser Schritt bereits zwischen 1880 und 1890 erfolgte, wurde die gesamte maschinelle Übertagausrüstung durch ein neues Zentralmaschinenhaus modernisiert.

Mit 506 300 t lieferte Fohnsdorf 1929 knapp die Hälfte der Kohleproduktion des Konzerns; mit 335 600 bzw. 303 900 t folgten Seegraben und Voitsberg-Köflach in deutlichem Abstand. Insgesamt deckten die Alpine-Kohlenbergwerke etwa ein Drittel der österreichischen Förderung ab. Daneben erlangten nur drei Tagebaubetriebe größere Bedeutung: Wolfsegg-Traunthaler Kohlenwerks AG (Oberösterreich) mit ca. 640 000 t, Bergbau-Gewerkschaft Zillingdorf (Burgenland) mit ca. 460 000 t und Graz-Köflacher Eisenbahn- und Bergbau Gesellschaft (Steiermark) mit ca. 400 000 t.

Die Weltwirtschaftskrise leitete 1929 in eine jahrelange Depression über, die sich erst mit der deutschen Rüstungswirtschaft ändern sollte. Im Vergleich zur exportabhängigeren Eisenindustrie waren die Einschränkungen im Kohlenbergbau mit ca. 15 % bis 1931 – dank des in diesem Jahr erlassenen Brennstoffgesetzes zur Förderung der Inlandskohle – relativ gering³⁶.

Im seit 1938 bestehenden großdeutschen Wirtschaftsraum war der österreichische Kohlenbergbau – im Gegensatz zum Erzbergbau – von untergeordneter Bedeutung und daher kaum förderungswürdig. Dieser Bedeutungswandel und die dadurch unterbliebenen Umstrukturierungen, bei gleichzeitigem Raubbau, sollten nach Kriegsende jahrzehntelange negative Auswirkungen haben³⁷. Obwohl der seit 1946 zu rd. 92 % verstaatlichte und seit 1949 in der Kohlenholding GmbH zusammengefaßte österreichische Kohlenbergbau als günstiger Energielieferant das Fundament des wirtschaftlichen Wiederaufbaues bildete und um 1955 mit 6,88 Mio t die größte Förderleistung überhaupt erzielte und etwa zwei Drittel des heimischen Energiebedarfes deckte, unterblieben weitgehend entscheidende Investitionen. Im Jahre 1957 hatten die Kohlenzechen der Alpine ihren Förderungshöhepunkt überschritten und ihre Vorrangstellung eingebüßt. 1964 war mit 2,76 Mio t die Graz-Köflacher Eisenbahn- und Bergbau Gesellschaft, gefolgt von der Wolfsegg-Traunthaler Kohlenwerks AG mit ca. 1 Mio t und der Lavanttaler Kohlenbergbau GmbH mit rd. 0,8 Mio t die führende österreichische Kohlenbergbaugesellschaft.

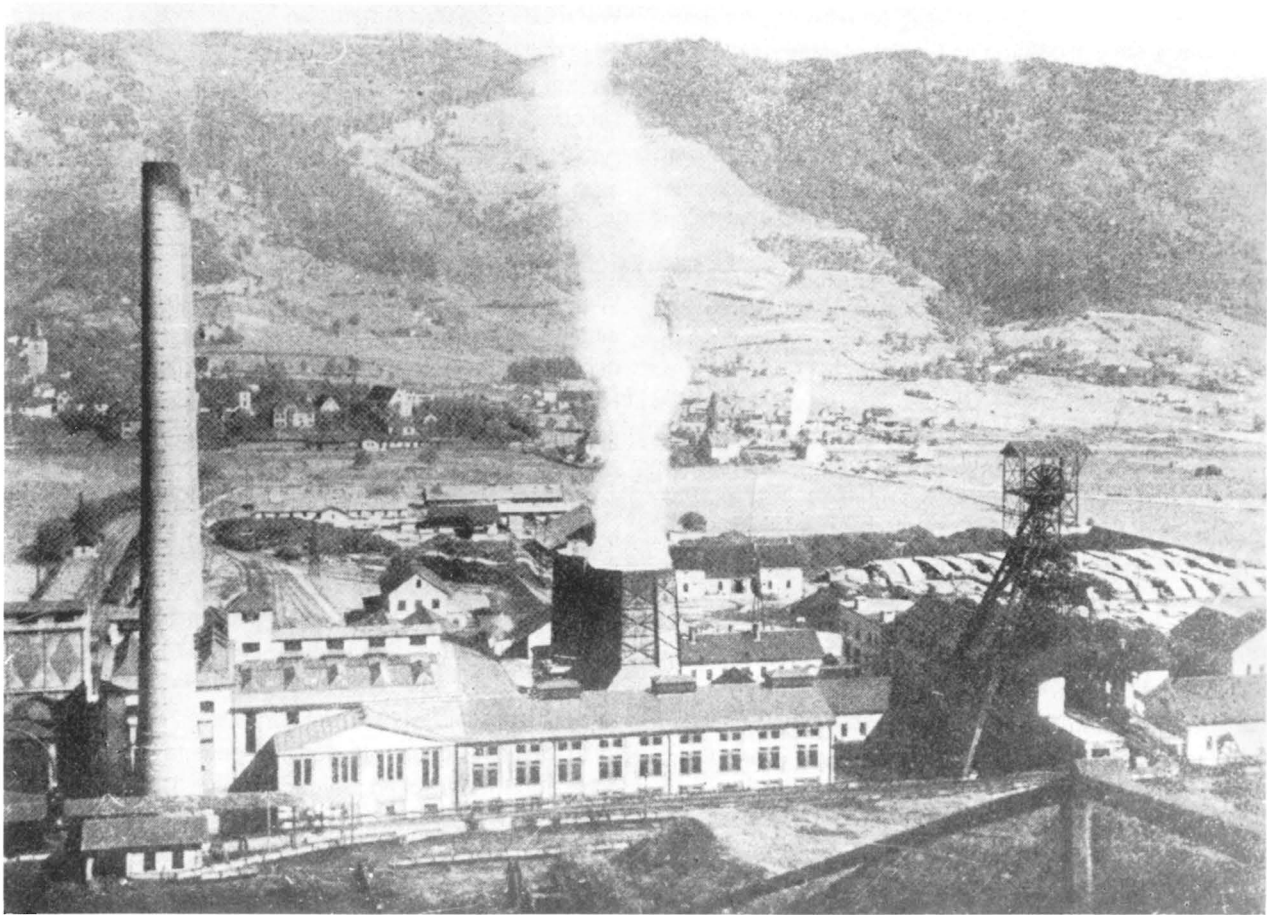


Abb. 5: Der Wodzicki-Schacht in Fohnsdorf um 1930 – eine der modernsten zeitgenössischen Schachtanlagen in Österreich

Die inzwischen in Österreich eingesetzte Erdöl- und Erdgasförderung hatte eine Neuorientierung der zukünftigen Energieversorgung bewirkt, wie in anderen Ländern auch. Die noch im Jahre 1956 von der Kohlenholding GmbH veröffentlichte Wunschvorstellung der gemeinsamen Energieversorgung durch Kohle und Erdöl sollte schon in den folgenden Jahren eindeutig und für längere Zeit zugunsten des Öls widerlegt werden. Seit etwa 1960 gab es daher keine eindeutige Verhaltensweise gegenüber dem österreichischen Kohlenbergbau, der zudem schneller schrumpfte als bei seinen westeuropäischen Nachbarn³⁸.

Die geologische Erschöpfung einiger Kohlenlagerstätten verschärfte zusätzlich die Situation. Ein Großteil der Kohlenbergwerke wurde daher stillgelegt, die bedeutendsten Stilllegungen seit 1945 betrafen: Göriach (Steiermark), 1955; Parschlug (Steiermark), 1959; Seegraben (Steiermark), 1964; Grünbach (Niederösterreich), 1965; Tauchen (Burgenland), 1967; Wolkersdorf (Kärnten), 1968; Traunthal (Oberösterreich), 1968; Pöfing-Bergla (Steiermark), 1975; Fohnsdorf (Steiermark), 1978. Die österreichische Kohlenförderung sank von 6,88 Mio t in 1957 auf 2,7 Mio t im Jahre 1979. Seit 1978 wird deshalb in der Steiermark (Voitsberg-Köflach) und in Oberösterreich (Trimmelkam und Wolfsegg) ausschließlich Braunkohle gefördert.

Das sich seit 1973 abzeichnende Ende des Ölzeitalters und der sich seit 1978 schwierig erweisende „Weg in das Atomzeitalter“ führten zu großangelegten Programmen zur Neuerschließung von Kohlenlagerstätten. 1974 begann das Bundesland Steiermark ein Forschungsprogramm „Steirische Rohstoffreserven“, das inzwischen in Kooperation mit der Bundesregierung betrieben wird. Am Ende der siebziger Jahre wurden etwa im Lavanttal südlich von Wolfsberg (im Passailer Becken, südlich von Weiz), im südlichen Burgenland bei Deutsch-Schützen, in Zillingsdorf bei Wiener Neustadt, bei Trimmelkam an der oberösterreichisch-bayerischen Grenze und bei Eibiswald in der Weststeiermark neue abbauwürdige Lagerstätten entdeckt³⁹.

Sozialgeschichtliche Aspekte

Die Technisierung des Grubenbetriebes und die wirtschaftliche Organisation der Betriebe, am ehesten zu verdeutlichen mit dem Übergang der Unternehmen von eigenverantwortlichen kleinen Gewerken und Gewerkschaften in die Hände von letztlich anonymen Aktieninhabern, brachten im österreichischen Kohlenbergbau dieselben sozialen Probleme mit sich wie im Ruhrkohlenbergbau. Ständiger Anlaß zu Konflikten waren die Auflösung der al-

ten Ortskameradschaften nach der Einführung des Strebruchbaus, die Entlohnung im Gedingesystem und die Arbeitszeit, die bis um 1850 noch acht Stunden gedauert hatte⁴⁰, aber bald darauf bis zu zwölf Stunden betrug, und die ständige Unfallgefahr. Hinzu kamen die schlechte Bewetterung an den Arbeitsplätzen unter Tage und die größer gewordene Entfernung der Bergwerke von den Wohnungen der Bergarbeiter.

Es sank zwar die Sterblichkeit im Grubenbetrieb von 1880 bis 1907 aufgrund von effizienten Sicherheitsvorschriften, dennoch erhöhten sich die schweren Verletzungen⁴¹.

Für den Fohnsdorfer Hauer David Gaßler, der im Jahre 1908 an einer Enquete in Wien über die Einführung der Achtstundenschicht teilnahm, war der Grund dafür das „gewisse Hasten und Drängen, welches die Unfallgefahr erhöht“. Er fügte hinzu: „Das ist das System, die gegenwärtige Art des Betriebes.“⁴²

Die Sozialgesetzgebung hatte diese Probleme bisher kaum beachtet. Das Berggesetz des Jahres 1854 regelte die „Unterstützung hilfsbedürftiger Bergarbeiter, sowie ihrer Witwen und Waisen“ und die Aufstellung einer Dienstordnung zur Regelung innerbetrieblicher Fragen. Über das Verhältnis zwischen Arbeitern und Aufsehern bestimmte zum Beispiel 1861 die Henckel von Donnermarcksche Dienstordnung im § 18: „Das Aufsichts-Personale hat gegen die Arbeiter ein zwar ernstes, dabei aber Vertrauen erweckendes, humanes und nichts weniger als ein mürrisches Benehmen zu beobachten.“⁴³ Nach einer ersten Massenbewegung böhmischer und mährischer Bergarbeiter im Jahre 1882 mußte die Regierung Taaffe zwei Gesetzesreformen zugestehen: im Jahre 1884 das „Gesetz über die Beschäftigung von jugendlichen Arbeitern und Frauenspersonen, dann über die tägliche Arbeitsdauer und die Sonntagsruhe beim Bergbau“ mit einem Verbot der Kinderarbeit unter 14 Jahren, einer Schichtdauer von zehn Stunden, Festlegung einer Sonntagsruhe von 24 Stunden und einem Verbot der Grubenarbeit für Mädchen und Frauen, fünf Jahre später das „Gesetz betreffend die Regelung der Verhältnisse der nach dem allgemeinen Berggesetz errichteten oder noch zu errichtenden Bruderladen“ mit einer Trennung in Kranken- und Altersversorgung⁴⁴.

Der Massenstreik von 1889 im Ruhrgebiet griff auch auf die böhmischen Kohlenreviere in Kladno, Pilsen und Dux, danach auch auf Seegraben und Voitsberg-Köflach über. Als erste Reaktion bewilligte die eingeschüchterte Alpine für ihre Grubenbetriebe die achtstündige Arbeitszeit, also effektiv neun Stunden Arbeitszeit, eingerechnet die Ein- und Ausfahrt. Dies erfolgte zwölf Jahre vor der gesetzlichen Regelung im Jahre 1901.

Die Dynamik des Jahres 1889 verstärkte sich im folgenden Jahr, als in Streiks im April und Mai – mit etwa 30 000 Beteiligten in Böhmen – Arbeitszeitverkürzungen, Lohnerhöhungen und der Erste Mai als Feiertag gefordert wurden.

Wenn auch bei den materiellen Forderungen einige Erfolge erzielt werden konnten, stießen „politische“ Forderungen, wie der Erste Mai, auf den entschiedenen Widerstand der Unternehmer⁴⁵.

Diese erste Streikwelle initiierte eine Welle von neuen Sozialgesetzen. Erwähnt sei das Gesetz zur Errichtung von Genossenschaften beim Bergbau im Jahre 1896 zur „Verhütung, beziehungsweise gütliche(n) Ausgleichung von Gegensätzen zwischen den Arbeitgebern und der Gesamtheit ihrer Arbeiter“, und zur „Pfleger des Gemeinsinnes und bergmännischen Geistes sowie die Erhaltung und Hebung der Standesehre unter den Mitgliedern“. Die aufgrund dieses Gesetzes gewählten Lokalarbeiterausschüsse⁴⁶ erwiesen sich aber als unternehmerfreundliche Arbeitervertreter im Sinne der späteren „Betriebsgemeinschaft“, die von der Sozialdemokratie bekämpft wurde.

Bedeutete die Bewegung von 1889/90 den Übergang von der spontanen zur organisierten Massenbewegung, so standen die Streiks der Jahre 1899/1900 im Zeichen der Hochkonjunktur seit 1895 schon unter der Leitung der inzwischen organisierten Sozialdemokratischen Arbeiterpartei. Trotzdem konnten in den Massenstreiks der böhmischen und mährischen Bergarbeiter im Dezember 1899 und Januar 1900 und in den folgenden Streiks der steirischen Arbeiter nur geringe Erfolge erzielt werden. Ein gesetzlich geregeltes Resultat war die Einführung der neunstündigen Schicht im Jahre 1901⁴⁷. Damit hatte die Bergarbeiterbewegung bereits Rechte erkämpft, die die übrigen Industriearbeiter erst nach 1918 erreichen sollten.

Nach dem Ersten Weltkrieg gelang es der regierungsbildenden Sozialdemokratie 1919/20, die von den Kommunisten als Alternative zur parlamentarischen Demokratie geförderten Räte u. a. durch eine umfassende Sozialgesetzgebung abzublocken: Arbeitslosenunterstützung und -versicherung, Betriebsrätegesetz, Arbeiterurlaubsgesetz, Achtstundentag, Errichtung von Arbeiterkammern, Bergarbeitergesetz⁴⁸.

Die 1920 folgende christlich-soziale Regierung und die gescheiterte Sozialisierung der Montanindustrie führten zu einer zunehmenden Auslandsabhängigkeit speziell der Alpine-Montangesellschaft, die im Jahre 1926 zu 56,6 % dem deutschen Konzern der Vereinigten Stahlwerke AG angehörte. Mit allen Mitteln wurden nunmehr im Rahmen einer umfassenden Unternehmeroffensive gegen die sozialdemokratische Arbeiterbewegung Maßnahmen auf allen wichtigen Bergwerksbetrieben und Eisenhütten vollzogen. Die in Donawitz redigierte Werkszeitung war das Sprachorgan; mit Kindergärten, Werkschulen, speziellen Hauerkursen und vielfältigen Freizeitangeboten – von Knappschaftsvereinen („Uniformierten“), Barbara-Feiern bis zu Handarbeitskursen für die Bergarbeiterfrauen – wurde die Erziehung des werkstreuen Arbeiters für die „Betriebsgemeinschaft“ in Angriff genommen; dem sozialdemokratischen Betriebsrat wurde eine „Unabhängige Gewerkschaft“ gegenübergestellt⁴⁹.



Abb. 6: Von 1927 bis zum Zweiten Weltkrieg in Österreich erschienene und in Donawitz redigierte Werkszeitungen aus dem Montanbereich

Diese Maßnahmen mündeten 1934 über das Werksgemeinschaftsgesetz in das nationalsozialistische Gesetz zur Ordnung der nationalen Arbeit. Mit der Deutschen Arbeitsfront und deren Unterorganisation Kraft durch Freude vollzog sich zwischen 1938 und 1945 die totale Eingliederung der Arbeiterschaft in die nationalsozialistische „Volksgemeinschaft“. Oppositionelle Arbeiter wurden in den Untergrund gedrängt, verhaftet und in einzelnen Fällen zum Tode verurteilt⁵⁰.

ANMERKUNGEN

1. Grundsätzlich vgl. zum vorliegenden Aufsatz Lackner, Helmut: Kohlenbergbau und Technik. Die technische Entwicklung des österreichischen Kohlenbergbaues, dargestellt am Beispiel des Glanzkohlenbergbaues Fohnsdorf in der Steiermark. Vom 17. bis zum 20. Jh., phil. Diss., Graz 1980 sowie ders./K. Stocker (Bearb.): Fohnsdorf. Aufstieg und Krise einer österreichischen Kohlenbergwerksgemeinde in der Region Aichfeld/Murboden, Graz 1982.
2. Dazu vgl. u. a. Weiß, A.: Zur Geschichte der Veredelung und Verwendung steirischer Braunkohle, in: Blätter für Technikgeschichte, 39/40, 1977/78, S. 27–46; Lackner, H.: Die Anwendung der steirischen Kohle bis 1842, in: Blätter für Heimatkunde, 53, 1979, S. 81–90. Zur Geschichte des österreichischen Kohlenbergbaus vgl. allgemein Kees, S.: Darstellung des Fabriks- und Gewerbewesens im österreichischen Kaiserstaate, Bd. 1, Wien

- 1819, S. 54–74 oder Denkenberger, C.: Der österreichische Bergbau, Diss. Hochschule für Welthandel, Wien 1959/60 und Ostermann, E.: Das Wirtschaftswachstum des Kohlenbergbaus in der österreichischen Reichshälfte der Donaumonarchie im Laufe der zweiten Hälfte des 19. Jh., phil. Diss., Wien 1975.
3. Vgl. Weiß, A.: Franz Salesius Gasteigers Verfahren zur Entschwefelung von Münzenberger „Steinkohle“, in: Der Leobener Strauß, 5, 1977, S. 165–168.
4. Vgl. Steiermärkisches Landesarchiv (StLA), Bergamt Vordernberg, V-11-A: Promemoria die Stein Kohlen und deren Gebrauch, 1752 und 1753.
5. 1767/68 wurde von den Waldförstern der Gebrauch der Steinkohlen bei allen Schmieden und Schlössern erfragt. Häufigst genannte Ablehnungsgründe waren der „allzu starke Geschmakh“, der „unleitentliche Geruch“, die „Verderbung der Augen“ und überhaupt ihre Unbrauchbarkeit für verschiedene Verfahren, – StLA, Bergamt Vordernberg, V-11-A.
6. Pfeiffer hat später zwei einschlägige Bücher verfaßt: Geschichte der Steinkohlen und des Torfes, Mannheim 1775, und: Entdecktes und allgemein brauchbares Verbesserungsmittel der Steinkohlen und des Torfes, Mannheim 1777; vgl. Ress.M.-M.: Geschichte der Kokereitechnik, Essen 1957.
7. Vgl. StLA, Bergamt Vordernberg, V-11-A.
8. Ebd., V-29-B sowie Oberbergamt Leoben, L-II-1844.
9. Vgl. Weiß, A.: Die steirischen Alaunwerke des 19. Jh., in: Montan-Rundschau, 18, 1970, S. 107–112; vgl. dazu jetzt auch Ludwig, K.-H.: Die Agricola-Zeit im Montanergälde, Düsseldorf 1979.
10. Vgl. Röder, P. L. H.: Reisen durch das südliche Teutschland und einen Theil von Italien, Bd. 3, Leipzig/Klagenfurt 1793, S. 122.
11. Vgl. Rohrer, J.: Versuch über die deutschen Bewohner der österreichischen Monarchie, Wien 1804, S. 74 f.
12. Kees (1819), S. 65.
13. Vgl. Roth, P. W.: Industriespionage im Zeitalter der Industriel- len Revolution, in: Blätter für Technikgeschichte, 38, 1976, S. 40–54 sowie Lackner, H.: Erzherzog Johann und die technische Entwicklung in seiner Zeit, in: Zs. d. Histor. Vereins für Steiermark, 73, 1982, S. 5.43.

14. Tunner, P.: Gemeinfaßliche Darstellung der Stabeisen- und Stahlbereitung in Frischherden in den Ländern des Vereines zur Beförderung und Unterstützung der Industrie und Gewerbe in Innerösterreich, Graz 1846, S. 29. Über Tunner vgl. Lackner, H.: Peter Tunner 1809–1897. Ein Leben für das innerösterreichische Eisenwesen, in: Der Leobener Strauß, 8, 1980, S. 145–196.
15. Vgl. Pickl, O.: Die Anfänge des steirischen Kohlenbergbaues, in: Forschungen zur geschichtlichen Landeskunde der Steiermark, 24, 1970, S. 47–58.
16. Vgl. StLA, Oberbergamt Leoben, L-V-1842.
17. Vgl. Guglia, O.: Das Ministerium für Landeskultur und Bergwesen 1848–1853, in: Burgenländische Forschungen, 1969, S. 54–65.
18. Vgl. u. a. Brusatti, A.: Bergrecht und Montanwesen in Österreich in der ersten Hälfte des 19. Jh., in: Mitteilungen des oberösterreichischen Landesarchivs, 8, 1964, S. 548–561.
19. Vgl. u. a. Handtmann, A. J.: Der technische Fortschritt im Eisenhüttenwesen der Steiermark und Kärntens von 1750 bis 1864, phil. Diss., Marburg, 1980, und Köstler, H. J.: Das steirische Eisenwesen unter dem Einfluß Erzherzogs Johann, in: Erzherzog Johann von Österreich, Graz 1982, S. 193–206.
20. Vgl. StLA, Bergamt Vordernberg, V-10-A.
21. Vgl. ebd., Oberbergamt Leoben, L-I-1846.
22. Vgl. Wessely, J.: Die österreichischen Alpenländer und ihre Forste, Wien 1853, S. 255 und Jullien, C. E.: Theoretisch-praktisches Handbuch der Eisenhüttenkunde, Bd. 2, Brüssel/Leipzig 1861, S. 112.
23. Vgl. Köstler, H. J.: Die Roheisenerzeugung in Kärnten von 1870 bis zu ihrer Auflösung im Jahre 1908, in: Radex-Rundschau, 1979, S. 961–993, und ders.: Die Hochofenwerke in der Steiermark von der Mitte des 19. Jh. bis zur Wiederaufnahme der Roheisenerzeugung nach dem Zweiten Weltkrieg, in: ebd., 1982, S. 789–852.
24. Vgl. u. a. Tunner, P.: Notizen über die unter der Oberleitung und nach Angaben des k. k. dirigirenden Bergrathes und Oberbergamts Directors Carl von Scheuchstuel zu St. Stephan in Steiermark vorgenommenen Eisenfrischversuche mit alleiniger Benützung des rohen Braunkohlenkleins, in: Die steiermärkisch ständische Lehranstalt, 2, 1842, S. 257–297 und dazu jetzt auch Köstler, H. J.: Das ehemalige Eisenwerk in St. Stephan ob Leoben, in: Der Leobener Strauß 10, 1982, S. 353–376.
25. Dazu vgl. Köstler, H. J.: Einführung und Beginn der Stahlerzeugung nach dem Bessemerverfahren in Österreich, in: Berg- und hüttenmännische Monatshefte, 122, 1977, S. 194–206.
26. Vgl. Ostermann (1975), S. 227.
27. Vgl. Majer, J.: Die Aufgaben des Bergbaues in den Anfängen der industriellen Revolution in der österreichischen Monarchie (bis zum Jahre 1854), in: Österr. Berg- und Hüttenkalender, 1973, S. 83–96.
28. Dazu vgl. allgemein ders.: Die Bergbautechnik im Verlauf der industriellen Revolution in den mitteleuropäischen Revieren (1830–1914), in: Der Anschnitt, 29, 1977, S. 48–63.
29. Vgl. Tafeln zur Statistik der österreichischen Monarchie, 1828–1863; Der Bergwerksbetrieb im Kaiserthume Oesterreich, 1862–1875; Statistisches Jahrbuch der österreichischen Monarchie, 1863–1881; Statistisches Jahrbuch des k. k. Ackerbauministeriums, 1875–1906; Statistik des Bergbaues in Österreich, 1907–1918; Industrie-Kompaß. Finanzielles Jahrbuch für Österreich-Ungarn, 1868 ff.; Montan-Handbuch des österreichischen Kaiserthums, 1857–1914; Mitteilungen über den österreichischen Bergbau, 1919–1938 und 1947 ff.
30. Vgl. Ostermann (1975), S. 227.
31. Es soll aber nicht übersehen werden, daß 1873 die Holzkohlenezeugung mit 5,78 Mio t noch immer die Mineralkohlenförderung übertraf. Dieses Verhältnis änderte sich aber bis um 1900.
32. Vgl. Gross, N.-T.: Die industrielle Revolution im Habsburgerreich 1740–1914, in: Europäische Wirtschaftsgeschichte, Bd. 4, Stuttgart/New York 1977, S. 232.
33. Vgl. ders.: Economic Growth and the Consumption of Coal in Austria and Hungary 1831–1913, in: Journal of Economic History, 1971, S. 906.
34. Vgl. Bachinger, K./Matis, H.: Strukturwandel und Entwicklungstendenzen der Montanwirtschaft 1918–1938, in: Österr. Montanwesen, Wien 1974, S. 106–143; Kerekcs, L.: Die wirtschaftliche und soziale Lage Österreichs nach dem Zerfall der Doppelmonarchie, in: Beiträge zur Zeitgeschichte. FS Ludwig Jedlicka zum 60. Geburtstag, St. Pölten 1976, S. 81–94; Weber, F.: Hauptprobleme der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung Österreichs in der Zwischenkriegszeit, in: Aufbruch und Untergang. Österreichs Kultur zwischen 1918 und 1938, Wien/München/Zürich 1981; Fiederer, H.: Die Österreichisch-Alpine Montangesellschaft von 1881 bis 1938, in: Scripta Mercaturae, 15, 1981, S. 59–84.
35. Werkszeitung der Österreichisch-Alpine Montangesellschaft, 1, 1927, S. 343. Vgl. dazu Bäumer, P. C.: Das Deutsche Institut für technische Arbeitsschulung (Dinta), in: Schriften des Vereines für Sozialpolitik, 181, 1930.
36. Vgl. Geschäfts- und Betriebsbericht der Österreichisch-Alpine Montangesellschaft, 1932, S. 4.
37. Vgl. Karner, S.: Die Eingliederung der österreichischen Montanindustrie in die deutsche Kriegsrüstung. Die Alpine-Montan 1938–1945, in: Der Anschnitt, 33, 1981, S. 17–30, und allgemein Fiederer, H.: Die Reichswerke „Hermann Göring“ in Österreich 1938 bis 1945, phil. Diss., Salzburg 1979.
38. Vgl. Kohle. Unseres Landes Hauptquell für Wärme und Kraft, Wien 1963, S. 56 und 86.
39. Vgl. dazu u. a. Fettweis, G. B.: Über die Verfügbarkeit von festen mineralischen Energierohstoffen, in: Radex-Rundschau, 1979, S. 1042–1060, sowie ders.: Forschungen zur Erschließung und Nutzung von Lagerstätten in Österreich, in: Berg- und hüttenmännische Monatshefte, 124, 1979, S. 569–577.
40. Vgl. Jicinsky, W.: Schicht- und Arbeitsdauer beim Bergbau, in: Österr. Zs. f. Berg- und Hüttenwesen, 38, 1890, S. 346–349.
41. Vgl. Hammerschmied, J.: Die sanitären Verhältnisse und die Berufskrankheiten der Arbeiter, Wien 1873, S. 70–79.
42. Stenographisches Protokoll und Materialien der Enquete betreffend Einführung der Achtstundenschicht, Wien 1909, S. 78.
43. Dienst Ordnung für das Aufsichts- und Arbeiter Personale bei den Graf Henckel von Donnersmarckschen Berg- und Schmelzwerken, Wien 1861, – StLA, Berghauptmannschaft Leoben, H-1862.
44. Vgl. u. a.: Ebert, K.: Die Anfänge der modernen Sozialpolitik in Österreich, Wien 1975, sowie ders.: Die Anfänge des modernen Arbeitnehmerschutzes beim Bergbau in Österreich, in: FS Hermann Baltl, Innsbruck 1978, S. 135–191.
45. Vgl. Pienn, H.: „30 Jahre früher als durch das Gesetz“. Der Streik 1889 im Leobener Kohlenbergbaurevier um Einführung des Acht-Stunden-Tages, in: Der Leobener Strauß, 4, 1976, S. 133–149.
46. Vgl. auch Kroker, E.: Arbeiterausschüsse im Ruhrbergbau zwischen 1906 und 1914, in: Der Anschnitt, 30, 1978, S. 204–215.
47. Vgl. Philippovich, S.: Arbeitsrecht im Bergbau, Innsbruck 1935, S. 98.
48. Vgl. Filla, W.: Sozialgeschichte der betrieblichen Mitbestimmung in Österreich, phil. Diss., Wien 1980, und Talos, E.: Staatliche Sozialpolitik in Österreich. Rekonstruktion und Analyse, Wien 1981.
49. Vgl. Botz, G.: Faschismus und Lohnabhängige in der Ersten Republik, in: Österreich in Geschichte und Literatur, 21, 1977, S. 102–128; ders.: Angestellte zwischen Sozialdemokratie und Nationalsozialismus, in: Arbeitswelt und Sozialstaat. FS Gerhard Weissenberg, Wien 1980, S. 45–72; Hautmann, H./Garscha, W.: Soziale und politische Veränderungen im Gefolge des Ersten Weltkrieges, in: Internationale Tagung der Historiker der Arbeiterbewegung, 14, 1981, S. 108–120.
50. Vgl. Karner, S.: Zur sozialen Lage der österreichischen Arbeiterschaft unter dem Nationalsozialismus, in: Aufrisse. Zs. f. polit. Bildung, 2, 1981, H. 3, S. 27–35, sowie Steiner, H.: Gestorben für Österreich, Wien 1968.

Anschrift des Verfassers:

Dr. Helmut Lackner
Institut für Geschichte der Karl
Franzens Universität
Abteilung für Wirtschafts- und
Sozialgeschichte
Heinrichstraße 26/III
A-8010 Graz